hat und daß aus diesem Verhältnis drei Kinder hervorgegangen sind. Die Frau ist seit Jahren von ihrem Mann geschieden und war weil sie des Ehebruchs überführt worden ist. Ob sie den Ehebruch mit dem Polizeisergeanten Böhme begangen hat, konnte nicht aufgeklärt werden, weil Böhme sowohl wie die Frau durch das Recht der Zeugnisverweigerung nach dieser Richtung gedeckt waren. Ferner ist festgestellt, daß Böhme sich weigerte, für die unehelichen Kinder, die er mit der geschiedenen Frau gezeugt hat, zu sorgen. Mit einer Prostituierten hat Böhme gleichfalls ein Verhältnis gehabt, und das Verhältnis muß ziemlich offenkundig betrieben sein, denn Böhme wurde in der Wohnung der Dirne gesehen, und wenn sie zu anderen Leuten von Böhme sprach, dann nannte sie ihn ganz vertraut „mein Otto". Diese Verfehlungen Böhmes sind auch dem Oberbürgermeister Kolbe nicht unbekannt geblieben. Als sie zu seiner Kenntnis kamen, hat der Oberbürgermeister dem Böhme einen ernsten Verweis erteilt, er hat ihn aus der Kriminalabteilung, der Böhme damals angehörte, entfernt und ihn dem Sicherheitsdienst überwiesen. Da war der ehrenwerte Herr ja offenbar am besten aufgehoben!

Von anderen Personen wurde festgestellt, daß ihr Benehmen gegen das Publikum keineswegs einwandsfrei sei: die Polizisten bestritten natürlich auch hier jede Zeugenaussage. Aus einem militärgerichtlichen Protokoll wird festgestellt, daß der Polizeisergeant Teuber während seiner Militärzeit als Unteroffizier **wegen Mißhandlung eines Untergebenen verurteilt worden ist**, und zwar auf Grund der Aussage eines Oberleutnants. Als dem Zeugen Teuber dies vorgehalten wurde, bestritt er, jene Mißhandlung, wegen deren er verurteilt worden ist, veranlaßt zu haben. Das veranlaßte einen beisitzenden Richter zu der Aeußerung: Ja, soll denn das so fortgehen, daß Sie hier alle Zeugenaussagen als falsch bezeichnen? Wollen Sie denn behaupten, daß der Herr Oberleutnant vor dem Militärgericht eine falsche Aussage gemacht hat? Hierauf erklärte dann Teuber: Die Aussage des Herr Oberleutnants ist richtig. Aehnliche Szenen wiederholten sich öfter im Laufe der Verhandlung.

Mit ihrem hartnäckigen Leugnen hatten die Polizisten aber in diesem Falle kein Glück: der Gerichtshof nahm an, daß Grygas Aussagen im wesentlichen richtig seien, daß dagegen die Glaubwürdigkeit der Polizisten nicht als einwandsfrei gelten könnte. Die beiden Angeklagten wurden freigesprochen. Aber seine Strafe wegen des famosen „Widerstandes" hat Gryga nun einmal weg. Und wer weiß, wie es ihm in diesem Prozeß ergangen wäre, wenn er keinen energischen Verteidiger gehabt hätte! Jedenfalls wird man dem Manne wünschen können, daß er nie wieder etwas auf Spandauer Polizeiwachen zu thun hat. Solche Fälle müssen durch die Presse möglichst verbreitet werden, damit solche Polizeiwanne, bei denen der Respekt vor der Persönlichkeit ihrer Nebenmenschen schwach ausgebildet ist, sehen, daß auch ihre Amtsherrlichkeit ihre Schranken hat.

Die zollpolitische Situation

klärt sich allmählich doch etwas auf. Die Tendenz zur Sammlung auf der „mittleren Linie" macht sich überall im agrarischen Lager bemerkbar, je nach der Stellung und dem Charakter der verschiedenen Fähnlein, hier stärker, dort gelinder. Die Kreuzztg. hat endlich die Sprache wiedergefunden und erklärt mit der ehrlichsten Miene von der Welt, sie habe eine Bemerkung zu der Notiz der Nordd. Allgem. Ztg. eigentlich nicht für nötig gehalten, denn sie habe ja nichts Neues gesagt. Gerade die Kreuzztg. habe von jeher behauptet, die Regierung stehe einheitlich und entschlossen hinter dem Zolltarifentwurf. Ohne auf den Inhalt jener offiziösen Note weiter einzugehen, erklärt das konservative Organ sodann, daß Bülow bisher noch keine bestimmte Erklärung abgeben konnte, weil noch keine Beschlüsse des Reichstages vorliegen. Die Note der Nordd. Allgem. Ztg. wird also nicht als endgültige unzweideutige Erklärung bewertet. Die Kreuzztg. sieht daher auch kein Hindernis, daß die Mehrheit der Zolltarifkommission „schleunigst" sich auf bestimmte Anträge auf Erhöhung der Getreidezollsätze des Entwurfs einige. Und dann folgt der bezeichnende Nachsatz:

„Diese Anträge werden allerdings so zu gestalten sein, daß sie nicht mit Sicherheit als den verbündeten Regierungen unannehmbar betrachtet werden können. Aus diesem Grunde kann es sich selbstverständlich nur um eine mäßige Erhöhung handeln."

Zum Schluß erhält die Kommission die Aufforderung zu rascher Arbeit, damit der Reichstag baldigst seine Entscheidung treffen und die der Regierung herbeiführen könne. „Wenn jedoch die Kommission hierzu nicht schleunigst das Ihrige thut, so kann es dahin kommen, daß der Tarifentwurf nicht an der Obstruktion der Linken, auch nicht an dem Widerstande der verbündeten Regierungen scheitert, sondern an der Unfähigkeit der schutzzöllnerischen Mehrheit, sich über bestimmte Vorschläge zu einigen. Hierin läge nach unserer Auffassung die denkbar schlimmste Gefährdung der auf den Schutz der nationalen Arbeit gerichteten Bestrebungen."

Viel entschiedener tritt die freikonservative Post den Rückzug an. Sie verlangt, daß die Schutzzöllner den Zolltarifentwurf der Regierung mit Haut und Haaren schlucken sollen. Der Mehrheit wird derb der Text gelesen, weil sie unannehmbare Anträge stelle, die, wie der auf Urproduktionszeugnisse, der Landwirtschaft nichts nützen, der Industrie und dem Handel aber schaden würden. In ihrem Zorne über den schlechten Fortgang der Zollgeschäfte in der Kommission schont das Blatt sogar das eigene Fleisch und Blut nicht — der Vorsitzende der Freikonservative v. Kardorff, der Busenfreund des verstorbenen Stumm, wird ziemlich unverblümt als unfähig zur Leitung der Verhandlungen bezeichnet.

Das findet die Deutsche Tagesztg. empörend. Sie fordert die freikonservative Partei auf, zu dieser Leistung ihres Organs Stellung zu nehmen, und denunziert den bekannten Freiherrn v. Zedlitz, der sich im Tag als staatsmännischer Stratege des Brotwucherkampfes aufgespielt, als den Uebeltäter. Das Landbündlerblatt ist natürlich noch immer „unentwegt." Die Regierungs-Vorlage ist ohne Abänderungen unannehmbar — so ist seine Meinung und die hat es auch in der konservativen Presse — nicht in der Kreuzzt. — gefunden. Das klingt schon ein Stich von Nachgiebigkeit enthalten. „Nicht ohne Abänderung" — das ist doch schon etwas anderes, als die alte Formel: „Nicht unter den Forderungen des Bundes der Landwirte." Die Schwenkung wird vorbereitet — alles gravitiert schon zur „mittleren Linie", auf die sich natürlich die Partei der Mitte, das Zentrum, mit Begeisterung stellen wird. Die Einigung der Brotwucherer aller Farben bahnt sich an — die agrarische Gefahr ist noch nicht vorüber, wie einige freisinnige Blätter nach der Notiz in der Nordd. Allg. Ztg. allzu optimistisch glaubten.

Deutsches Reich.

Berlin, 5. Februar. Der Reichstag rückte am Dienstag in der 2. Lesung des Etats des Reichsamts des Innern um 3 Kapitel vor. Beim statistischen Amt wurde die neugeschaffene Abteilung für Arbeiterstatistik, die an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten soll, ausführlich erörtert. Graf Posadowsky wiederholte seine Erklärungen aus der Kommission, wonach die neue Behörde dieselben Rechte, wie die Kommission für Arbeiterstatistik haben, selbständig gesetzgeberische Vorschläge machen und Arbeiter und Unternehmer in bestimmten Fällen als Sachverständige hinzuziehen kann. Genosse Bebel bezeichnete die neue Einrichtung als einen Fortschritt auf dem Wege zu einem selbständigen Reichsarbeitsamt. Beim Patentamt wurde hauptsächlich das schweizerische Patentgesetz erörtert. Es läßt für In- und Ausländer Patente nur für solche Erfindungen zu, für die ein Modell geliefert wird. Chemische Konkurrenzfabriken an der Grenze sollen sich diese Bestimmung durch Nachahmung deutscher Patente nutzbar machen. Von schutzzöllnerischer Seite wurden scharfe Maßregeln gegen die Schweiz vorgeschlagen, um sie zu zwingen, ein anderes Patentgesetz zu erlassen. Graf Posadowsky erklärte, daß bei dem nächsten Handelsvertrag mit der Schweiz eine solche Forderung erhoben werden würde. Zu den Schutzzöllnern gesellte sich merkwürdigerweise auch der freisinnige Abgeordnete Müller-Meiningen. Genosse Stadthagen wies die Absicht, die Rechte eines autonomen Staates zu schmälern, entschieden zurück und betonte, daß der Erfinder den geringsten Nutzen von seiner Erfindung hätte, deren Ausbeutung in die Hand kapitalkräftiger Fabrikanten übergehe.

An dritter Stelle kam das Reichsversicherungsamt zur Verhandlung. Hier ging Stadthagen in einer großen Rede energisch gegen die Uebelstände auf dem Gebiete der Unfallversicherung vor. Graf Posadowsky versprach nähere Untersuchungen.

— Im Abgeordnetenhause wurde am Dienstag der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung in Angriff genommen. Nach einer längeren Erörterung über die Baugewerkschulen kam es zu einer pikanten Debatte über die Erzeugnisse der Porzellanmanufaktur. Die Reden des Kaisers über die Kunst wirkten in einzelnen Aeußerungen nach, wenn sie auch nicht direkt herangezogen wurden. Die Herren vom Zentrum machten wieder einmal einen kleinen Vorstoß gegen die moderne Richtung. Die in der Porzellanmanufaktur hergestellten Figuren haben sich im letzten Jahre in Bezug auf mangelhafte Bekleidung nichts zu schulden kommen lassen, aber sie sind den Herren Tittrich, einem ehrwürdigen Pfarrer, und Grand-Ry, einem flotten Gutsbesitzer, zu „modern". Unter „modern" verstehen diese Herren merkwürdigerweise verzerrte menschliche Körper. Von den Herren der schwarzen Mitte ist man seit den Tagen der Lex-Heinze an solche „Verzerrungen" gewöhnt. Schlimmer waren die Entschuldigungsversuche des Ministers für Handel und Gewerbe, des ehemalig nationalliberalen Herrn Moeller vor den Herren vom Zentrum, am schlimmsten seine eigenen Urteile über die moderne Richtung. In diesen machte sich sein philiströser kunstfremder Geist bemerkbar. Auch Herr Moeller kennt in der modernen Kunst Verzerrungen des menschlichen Körpers, die geradezu erschreckend häßlich sind. Zum Glück sind aber in der Porzellanmanufaktur „wirkliche Häßlichkeiten nicht vorgekommen" und es wird auch streng darauf gehalten, daß „die alte Säule" nicht angetastet wird. Frei von banausischen Gedanken waren die Worte, die der freisinnige Abg. Kindler, ein Architekt, den Ultramontanen erwiderte.

Der zweite Teil der Sitzung wurde mit einer langen Künstlerdebatte ausgefüllt. Die Konservativen hatten den Antrag gestellt, Preußen möge im Bundesrat dahin wirken, daß dem Reichstag bald ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, der für alle Handwerker den Befähigungsnachweis vorsieht. Das Zentrum hatte sich dem Antrag angeschlossen und hinzugefügt, daß mindestens für das Baugewerbe der Befähigungsnachweis verlangt werden müsse. Der Minister Moeller verhielt sich hier ziemlich abweisend.

— Auf eine Erkaltung auch der höfischen Beziehungen zwischen London und Berlin wollen einige in höfischen Dingen erfahrene Leute aus folgendem schließen. Der Besuch des Prinzen von Wales in Berlin ist ursprünglich auf 5 Tage festgesetzt worden. Es sei auch ein größeres militärisches Schaustück geplant gewesen. In Wirklichkeit aber ist der Prinz von Wales nur 3 Tage in Berlin gewesen. Er ist am Sonnabend abend in Berlin eingetroffen und am Dienstag vormittag aus Berlin abgereist, obwohl für Dienstag abend zu Ehren des Prinzen vom englischen Botschafter ein großes Ballfest anberaumt war. Offiziös hieß es nach der Abreise des Prinzen nach Strelitz, der Prinz von Wales werde am Mittwoch wieder in Berlin eintreffen. Er ist aber alsbald von Strelitz nach London zurückgekehrt.

— Noch eine Strafe für die Wreschener. Bei Verhandlungen zwischen Vertretern der Posener Regierung und dem Wreschener Schulvorstand wurde diesem eröffnet, daß die Regierung die der katholischen Schulgemeinde Wreschen bisher jährlich gewährte Staatsbeihilfe von 5400 M. zurückziehe. — Das wird wahrscheinlich stärkere Geldsammlungen für die Wreschener veranlassen.

— Eine Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Zichorienfabriken und Werkstätten mit Motoren hat der Bundesrat erlassen. Es wird darin hauptsächlich bestimmt, daß die bezeichneten Arbeiterkategorien in Räumen, darin Darren im Betriebe sind, nicht beschäftigt werden und sich auch nicht darin aufhalten dürfen.

— Das „Gesundbeten" wird nachgerade zu einer hochpolitischen Angelegenheit. Vor einigen Tagen wurde über diesen Unfug in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verhandelt, bald darauf im Potsdamer Stadtparlament und am Montag sogar im Reichstag. Wie jetzt aus einer Veröffentlichung der Nat.-Ztg. hervorgeht, finden in den Räumen des Berliner Viktoria-Lyceums förmliche Kurse in „christlicher Wissenschaft" statt. Der Unfug muß also schon viele Anhänger gefunden haben, wenn seine Vertreterinnen fortwährend neue Räumlichkeiten für ihre Vorträge mieten. Die Verhandlung im Berliner Stadtverordneten-Kollegium wurde ja dadurch veranlaßt, daß in der Aula des städtischen Falk-Realgymnasiums der Direktor Schellbach, wie es heißt unter dem Einfluß seiner Frau, das Treiben der „Eddyisten" — eine Frau Eddy ist die Gründerin der „christlichen Wissenschaft" — geduldet hat. Bezeichnenderweise fand der famose Schulmann noch Verteidiger beim freisinnigen Magistrat, so daß der alte Langerhans entrüstet und derb erklärte, er könne nicht begreifen, daß der Stadtschulrat noch ein Wort der Entschuldigung für Direktor Schellbach habe. Er habe das Gefühl, daß die Stadt kompromittiert sei durch solche Vorgänge; daß ein solcher Unfug in einer städtischen höheren Lehranstalt vorkomme, das blamiere die Stadt. Man werde sich überlegen müssen, ob bezüglich des Direktors Schellbach noch besondere Maßnahmen nötig sein werden. — Es sind nicht die Arbeiten, die die Anhänger des Gesundbetens stellen, sondern die „Gebildeten".

Die agrarische Verschleppung in der Zolltarifkommission hat es zu stande gebracht, daß die Arbeit der Kommission auch in der Dienstag-Sitzung um keinen Schritt gefördert wurde. Die Beratung der agrarischen Anträge gegen die Transitlager wurde fortgeführt, aber nicht zu Ende gebracht, vielmehr wurde zum Schluß beschlossen, für Mittwoch militärische Hilfe zur besseren Bändigung der agrarischen Obstruktion zu requirieren. Ein vor Aufnahme der Tagesordnung gestellter Antrag Fischbeck, mit Rücksicht auf die durch die Erklärung der Nordd. Allg. Ztg. geschaffene Lage sofort die Getreide- und Minimalzölle vorzunehmen, wird gegen die beiden Freisinnigen abgelehnt, nachdem Singer ihn mit der Bemerkung bekämpft hat, die Abgeordneten

---

Augenblick günstig war. „Du bist wohl mit Deiner Frühjahrsarbeit noch nicht fertig, Nsädel?" begann er vorsichtig.

„Was geht das Dich an?" schrie Nsädel.

„Na, na, Du magst ja recht haben, daß es mich nichts angeht. Es ist doch aber einmal so, daß ein Nachbar den anderen gern beobachtet. Du hast doch siebenundzwanzighundert Spezieshaler für Dein Grundstück gegeben, nicht wahr?"

Nsädel brummte nur etwas in den Bart.

„Ich habe mit Rechtsanwalt Toste gesprochen; er war neulich hier," fuhr Sören fort und sah scheinbar gleichgültig zum Fenster hinaus. „Er meinte, Du hättest nicht wenig Schulden auf dem Gute."

„Laß mich nur in Frieden," rief Nsädel drohend.

„Na, na," meinte der Lotsenvorsteher, „laß Sören nur das vorbringen, was er auf dem Herzen hat. Du kannst doch sehen, daß er etwas sagen will. Na Sören, sprich Dich nur aus."

Sören Börevig gefielen diese beiden durchaus nicht; sie verhandelten nicht in der Art, wie er es sich wünschte, aber das mußte man nun einmal mit in Kauf nehmen. „Nun, ich meinte, da Nsädel so wenig von dem Gute besitzt, so hat er vielleicht Lust zu verkaufen."

„Wie viel bietest Du?" fragte Nsädel.

„Na, ich habe ja nicht gesagt, daß gerade ich kaufen wollte."

„Wie viel bietest Du?" wiederholte Nsädel.

„Fünfundzwanzighundert Thaler."

„Das geht nicht an," rief der Lotsenvorsteher entrüstet; „das ist ja gerade so viel, daß Nsädel seine Schulden bezahlen kann. Außerdem gehört jetzt doppelt so viel Feld zum Gute, als damals, wo er kaufte. Nein, Sören, da mußt Du schon mit mehr herausrücken!"

„Ich nehme das Angebot an," sagte Nsädel und hielt die Hand hin. „Der Handel ist geschlossen."

Der Lotsenvorsteher wollte Einwände vorbringen, Nsädel aber hieß ihn schweigen. Sören Börevig war ganz verwirrt, das war ganz und gar nicht seine Art, einen Handel abzuschließen. Indessen zog er ein in Zeitungspapier eingewickeltes Dokument hervor: „Es wäre vielleicht ganz gut, es schriftlich zu haben. Hier habe ich etwas, was man einen Kaufkontrakt nennt."

„Du bist ein bedachtsamer Mann," sagte Nsädel höhnisch, „gieb mir die Feder her, Vorsteher."

Es half alles nichts, was der Lotsenvorsteher sagte. Nsädel nahm die Feder und malte ein paar dicke Striche hin, die „Nsädel" bedeuten sollten; zu mehr war nicht Platz, das wurde aber für genügend angesehen.

Dann zog Nsädel seinen Friesrock an, setzte den Hut auf und ging mit schweren Schritten aus der Stube hinaus.

„Du mußt den Handel zurückgehen lassen, wenn er darauf anträgt; er ist nämlich nicht richtig im Kopfe," sagte der Vorsteher und folgte dann Nsädel.

Sören Börevig faltete den Kaufkontrakt zusammen und steckte ihn mit einer Miene zu sich, die der Lotsenvorsteher glücklicherweise nicht sehen konnte.

Nsädel stieg die Anhöhe hinan, der Lotsenvorsteher hinter ihm drein. Als sie oben waren, sagte der Vorsteher: „Ich meine, Du solltest mit mir nach Amerika auswandern."

„Mit zwei leeren Händen," antwortete Nsädel niedergeschlagen.

„Mit solchen Fäusten, wie Du sie hast, kannst Du weit reisen," antwortete der Lotsenvorsteher. „Ich für meinen Teil habe große Lust. Was ich besitze, ist wohl aufgehoben, und das Haus ist im Handumdrehen verkauft. Komm, Nsädel, hier sind wir fertig. Ich bezahle für Dich, bis Du selber etwas verdienen kannst. Und außerdem! Drüben hast Du ja einen Jungen, und eine Art Frau auch, wenn Du willst. Komm!"

Nsädel stand da und starrte ins Weite.

Von hier oben sah das, was er in diesen Jahren geleistet hatte, gering aus. Er sah die Zäune, die seine Aecker einfaßten; er kannte jeden Stein, der dort lag, und er erinnerte sich der mühseligen Arbeit, die er geleistet hatte.

Dann sah er weiter hinaus über das Land, und den halbfertigen Graben, und ihm wurde immer bitterer zu Mute, während er der Pläne gedachte, mit denen er hierher gekommen war. Dann erinnerte er sich auch der großen Aue und der glücklichen Zeit, da Christine zu Hause war und alles gut ging. Und sein Blick schweifte weiter hinaus über den Sand mit dem glitzernden Kranz der Brandungen. Das Meer lag grau und hoffnungslos vor ihm, mit seinen dichten Nebelbänken den Gedanken den Weg versperrend, die westwärts übers Meer hinüber schweifen wollten.

Und wie die schwere Regenluft immer dichter wurde, nachdem der Sturm sich gelegt hatte, so erfaßte ihn Mißmut nach der starken Aufwallung, in der er den Hof verkauft und alles aufgegeben hatte.

Bei all seinem Kummer über Christines Schicksal, über sich selbst und sein verpfuschtes Leben, bei all dem schweren Leid, das ihn bedrückte, brachten ihm aber die letzten Worte des Lotsenvorstehers doch einige Erleichterung. Durch die trostlose Finsternis hindurch, die sich vor ihm aufthat, erkannte er gleichsam einen helleren Punkt, und in diesem Punkte sammelten sich Strahlen, bis er strahlte und leuchtete, und dann sah er, daß es ein Kinderkopf war mit rotem, krausem Haar.

Nsädel holte tief Atem und sah sich verwundert um. Daran hatte er ja bisher noch gar nicht gedacht, daß für ihn noch etwas da war, an das sich Hoffnungen anknüpfen ließen.

„Willst Du mit kommen?" fragte der Lotsenvorsteher abermals.

„Ja", antwortete Nsädel und richtete sich in ganzer Höhe auf. „Erst will ich aber noch nach Christiania und Christine sehen und mir über die Sache Klarheit verschaffen."

„Ach nein. Mit der Sache kann es nun genug sein —"

„Ich will nur das, daß sie sagen: er hatte Recht", antwortete Nsädel, und seine Augen blitzten.

„Ja, ja", antwortete der Lotsenvorsteher nachgiebig. „Jetzt im Frühjahr, gehen ja wohl auch von Christiania aus Auswandererschiffe."

Bei sich dachte der Lotsenvorsteher, es sei im Grunde gar nicht so uneben, nach Christiania zu kommen. Erstens Christines wegen. Dann aber nährte er insgeheim die Hoffnung, in der Hauptstadt müßte es ihm doch wohl schließlich glücken, den zu finden, der über allen Lehnsmännern, Steuereinnehmern und Kapitänen stände, und es würde doch interessant sein, zu erfahren, ob es im Reiche Norwegen anging, eine Straße in solchem Zustande zu lassen, wie diese da.

(Fortsetzung folgt.)